



Mittelstand braucht verständliches Steuerrecht

*Dr. Helmut Linssen MdL, Finanzminister
des Landes Nordrhein-Westfalen*

Das deutsche Steuersystem gilt als eines der kompliziertesten der Welt. Es ist eine Wachstumsbremse für unseren Mittelstand. In einem immer noch aktuellen Ranking des Weltwirtschaftsforums aus dem Jahre 2003 zur Effizienz der Steuersysteme belegt Deutschland von 102 Staaten den letzten Platz. Die Ursachen liegen nicht nur in hohen Anforderungen oder komplexer Lebenswirklichkeit. Wir neigen in Deutschland dazu, jedem einzelnen Fall gerecht werden zu wollen. Die Grundsätze sind kaum noch erkennbar und der Vollzug wird immer schwieriger. Wenn wir über die Grenzen schauen, dann sehen wir, dass es auch anders geht. Die Niederlande zum Beispiel erreichen im genannten Ranking Platz 23. Ein einfaches und transparentes Steuersystem ist also keine Utopie. Im Gegenteil, es ist Ausdruck eines attraktiven und modernen Wirtschaftsstandorts, an dem sich die Soziale Marktwirtschaft auch in einem gerechten Steuersystem manifestiert.

Das Steuersystem muss wieder konsequent auf seine eigentliche Funktion zurückgeführt werden. Sie besteht darin, die notwendigen Staatseinnahmen sicherzustellen. Seit dem letzten Bundestagswahlkampf ist das Thema jedoch bei der Bundesregierung ebenso wie in der Öffentlichkeit in den Hintergrund getreten.

Dabei ist eine spürbare Vereinfachung des Steuerrechts dringender denn je erforderlich. Das geplante Steuerbürokratieabbau-gesetz der Bundesregierung reicht bei weitem nicht aus. Kurzfristig wird uns auch kein großer Wurf oder gar eine Bierdeckelreform gelingen.

Ich habe aus diesem Grunde ein Gesetzescontrolling von der Basis aus angestoßen. Die Beschäftigten der Finanzämter haben nicht mehr oder nur unzulänglich vollziehbare Regelungen konkret benannt und eine lange Liste von Vorschlägen zur Verbesserung gemacht.



Dazu gehören u.a.

- die Wiedereinführung der Entfernungspauschale für die Fahrt zur Arbeitsstätte ab dem ersten Kilometer,
- die generelle Wiedereinführung der 1%-Regelung für alle Fahrzeuge,
- die transparentere Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen,
- die Wiedereinführung des Abzugs von Steuerberatungskosten und
- die vereinfachte Behandlung von Mas-senrechtsbehelfen

Auch bei der Unternehmensteuerreform gibt es dringenden Handlungsbedarf. Von der Reform müssen auch die kleinen und mittleren Unternehmen profitieren. Sie sind der eigentliche Motor für die Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland. Daher müssen folgende Punkte geprüft werden: Zins-schranke, Mantelkauf, Funktionsverlage-rung und geringwertige Wirtschaftsgüter. Ebenso brauchen wir bei der Reform der Erbschaftssteuer eine wirtschaftsfreundliche und administrierbare Lösung! Die Reform ist notwendig, weil das Bundesverfassungsge-

richt die bisherigen hohen Bewertungsab-schläge für Immobilien und Betriebsvermögen für verfassungswidrig hält. Alle Vermö-gensarten, Grundstücke ebenso wie Aktien oder anderes Kapitalvermögen, müssen mit ihrem gemeinen Wert bewertet werden. Die damit verbundenen Mehrbelastungen müs-sen durch Verschonungsregelungen, insbe-sondere für Betriebsvermögen, und Freibeträge für die Familie des Erblassers ausge-glichen werden.

In meinem eigenen Konzept zur Erbschafts-steuerreform setze ich mich für eine realisti-sche und verfassungsfeste Bewertung aller Vermögenswerte sowie die drastische Reduzierung des Tarifs – und zwar mit pro-portionalen und nicht progressiven Steuer-sätzen – ein. Bei der Bewertung scheint Berlin auf die nordrhein-westfälische Linie einzuschwenken.

Ein integraler Bestandteil der Reform muss aber die Erleichterung der Unternehmens-nachfolge sein! Um neue bürokratische Monster zu vermeiden befürworte ich eine zinsfreie Stundung der Erbschaftssteuer auf betriebliches Vermögen. Wer sofort zahlt,

+++ Termine +++ Termine +++

09.09.2008

Dr. Christoph Konrad MdEP

**„Chancen für Kommunen und
Mittelstand in Europa“**

Festansprache zum 25. Jubiläum der
MIT Herzogenrath

Abdij Roldue, Heyendallan 82,
NL-6464 Kerkrade, 18.30 Uhr

09.10.2008

PStS Hartmut Schauerte MdB

**„Die Mittelstandspolitik der Bundes-
regierung“**

eine Veranstaltung der MIT im Kreis Unna
Ringhotel Katharinenhof, Bahnhofstraße
49 in Unna, 19.00 Uhr

Viele weitere Termine finden Sie auf unse-
ren Internetseiten www.mit-nrw.de.

+++ Termine +++ Termine +++

bekommt nach diesem Vorschlag vorab die Zinsen abgezogen, wer in Raten zahlt, hat einen entsprechenden Zinsvorteil. Bei diesem sogenannten Abzinsmodell weiß der Unternehmer, woran er ist. Die Belastung für die Erben ist klar und kalkulierbar. Es gibt kein Damoklesschwert.

Nach dem Vorschlag der Bundesregierung dürfen die begünstigten Erwerber den Betrieb innerhalb eines Zeitraums von 15 Jahren – vielleicht auch 10 Jahren – weder als Ganzes verkaufen oder aufgeben noch wesentliche Betriebsgrundlagen entneh-

men oder veräußern. Dies verkennt, dass sich erfolgreiches unternehmerisches Handeln stets an den Bedürfnissen der Märkte ausrichten muss. Und: Wer soll die komplizierte Verhaftensregelung 10 oder sogar 15 Jahre lang überwachen? Derart komplexe Regelungen sind das Gegenteil von Steuervereinfachung.

Bei der Diskussion um einen verbesserten Steuervollzug wird vom Bund immer wieder eine Bundessteuerverwaltung als Allheilmittel zur Lösung aller Probleme gefordert. Eine Bundessteuerverwaltung mit ca. 150.000

Beschäftigten scheint gerade angesichts der Erfahrungen mit der Bundesagentur für Arbeit zu groß, um wirkliche Effizienzressourcen heben zu können. Wir müssen die Probleme des Steuervollzugs in Deutschland vielmehr an der Wurzel anpacken: der Komplexität des Steuerrechts. Die Schaffung eines einfachen, verständlichen und beständigen Steuerrechts sollte deshalb der Kern aller Effizienzbestrebungen sein – zum Wohl von Bürger, Wirtschaft und Finanzverwaltung. ■

MIT Bezirk Ruhr

MIT-Bundesvorsitzender auf „Tour de Ruhr“

„Die Rückkehr zur alten Regelung bei der Pendlerpauschale wäre das richtige Signal zur richtigen Zeit.“ So lautet eine der zentralen Forderungen des Bundesvorsitzenden der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung, Dr. Josef Schlarmann, im neuen Toyota-Autohaus Muermann in Unna. Die Veranstaltung vor mehr als 100 Mittelständler war nur eine Etappe in einer dreitägigen Reise des Bundesvorsitzenden durch das Ruhrgebiet, unter anderem mit einer Stippvisite am Duisburger Logport. „Die Resonanz war so überwältigend, dass wir bei einem Termin außerhalb der Ferien wohl die Westfalenhalle hätten mieten müssen“, fasste Frank Murmann, Vorsitzender der MIT im Kreis, das große Interesse an dieser Veranstaltung zusammen. Auch an diesem Abend erneuerte Schlarmann seine Kritik an der Großen Koalition. Vorsichtig lobte er gar die Vorgängerregierung: „Die Agenda 2010 hat das ihre zum Aufschwung und zum Abbau der Arbeitslosigkeit beigetragen“. Vornehmlich seien es jedoch die anwesenden mittelständischen Unternehmerinnen und Unternehmer, die das Gros der Arbeitsplätze zur Verfügung stellten. Während die Linke auf staatliche Kontrolle setze, seien die, „die rechts von der Mitte stehen“ – und dazu zählt der Hamburger Rechtsanwalt sich und die MIT – der Überzeugung, dass das Private grundsätzlich Vorrang vor dem Staatlichen habe. Aufgabe des Staates sei es, lediglich da in den Markt einzugreifen und für Wettbewerb zu sorgen, wo es von allein nicht funktioniere. Die momentane Haushaltskonsolidierung der Großen Koalition gelinge lediglich aufgrund der erhöhten Steuereinnahmen – eine nachhaltige Konsolidierung sei jedoch nur durch Kür-

zungen auf der Ausgabenseite möglich. Die Steuererhöhungen gingen auf Kosten der „Leistungsträger“ und nicht der „Transferempfänger“. Er plädierte dafür, die Mittelschicht durch Steuersenkungen für ihren Leistungswillen zu belohnen. Man sollte sich auch im Hinblick auf die 2009 anstehenden Wahlen wieder auf diese Klientel konzentrieren und der zunehmenden Wahlmüdigkeit dieser Stütze der Gesellschaft begegnen. In der anschließenden Podiumsdiskussion mit Dr. Schlarmann, dem Bezirksvorsitzenden Friedhelm Müller, Hubert Hüppe MdB und Frank Murmann ergaben sich

zahlreiche Wortmeldungen. Die Mehrheit der Gäste stimmten dem Statement des MIT-Bundesvorsitzenden zu – allenfalls wurde bemängelt, dass die Mittelständler in Reihen der Politiker zu wenig vertreten seien. In Dr. Schlarmann hat das „Rückgrat der deutschen Wirtschaft“ aber einen konsequenten Fürsprecher gefunden, der sich nicht nur öffentlich kritisch äußert, sondern auch parteiintern sehr streitbar ist – was Hubert Hüppe mit seiner Aussage bestätigte: „In Versammlungen und Arbeitsgruppen heißt es oft: Der MIT-Vorsitzende nervt, weil er sich unermüdlich für seine Ziele einsetzt“.



Diskutieren mit über 100 Gästen – von Links: Frank Murmann, Friedhelm Müller, Dr. Josef Schlarmann und Hubert Hüppe MdB.



MIT Hochsauerlandkreis

Gute Schulnoten sind nur ein Kriterium

Auf reges Interesse stieß die Informationsveranstaltung der Jungen Union und der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung des Hochsauerlandkreises, die gemeinsam eine Betriebsbesichtigung und Infoveranstaltung zum Thema Berufsausbildung organisiert hatten. Der Vorsitzende der MIT, Ulrich Klein, und der Gesellschafter und Geschäftsführer Dipl.-Jur. Philipp Henrici von der Firma BJB begrüßten die jungen Nachwuchskräfte. Karin Vollmer von der BJB-Personalabteilung gab den anwesenden Jugendlichen einen kleinen Einblick in das Auswahlverfahren, dem sich die Lehrstellenbewerber unterziehen müssen. Die Schulnoten sind dabei nur ein Kriterium. „Teamfähigkeit und gute Fremdsprachenkenntnisse sind bei einem international aufgestellten Unternehmen ebenso wichtig“, erläuterte sie. Für das Ausbildungsjahr 2008 hatten sich bei der Firma 142 Bewerberinnen und Bewerber angemeldet, 18 gewerbliche und 6 kaufmännische Ausbildungsplätze werden letztendlich vergeben. Der

für den gewerblichen Ausbildungsbereich zuständige Mitarbeiter Uwe Siebert: „Leider interessieren sich immer noch zu wenige weibliche Auszubildende für einen gewerblichen Beruf. Dabei sind die Chancen für einen guten Berufsabschluss und eine Übernahme nach der Ausbildung gerade hier besonders gut.“ Klaus Bourdick, Geschäftsbereichleiter Berufsbildung bei der IHK appellierte an die Betriebe, sich weiterhin für eine qualifizierte Ausbildung einzusetzen und weitere Ausbildungskapazitäten zu schaffen. Nach dem ausgiebigen Betriebsrundgang wurde in der abschließenden Diskussionsrunde deutlich, dass die mittelständischen Betriebe derzeit durch weitere bürokratische Regelungen und Hürden immer mehr eingeengt und in ihrer Existenz gefährdet wer-



den. Die neuen Verordnungen über die „Einheits-Krankenkassen“, die Mindestlohnvereinbarungen und viele andere Gesetze und Verordnungen schwächen erheblich die Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Unternehmen. Ulrich Klein dazu wörtlich: „Offensichtlich ist der Mittelstand in den entscheidenden Gremien nicht ausreichend vertreten bzw. findet dort kein Gehör. Anders kann man sich derartig rückschrittliche Gesetze und Verordnungen, die Arbeitsplätze gefährden und sogar vernichten, nicht mehr erklären.“

MIT Willich

Marie-Luise Dött auf Stippvisite bei der Umweltstation

Die umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Marie-Luise Dött MdB, besichtigte gemeinsam mit der ortsansässigen MIT verschiedene in Willich angesiedelte Einrichtungen rund um die Themen Umwelt und Energie. So besuchte sie unter anderem gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden des Naturschutzbundes NRW, Josef Tumbrinck, und der technischen Dezernentin der Stadt Willich, Martina Stall die Eva-Lorenz-Umweltstation am Schloss Neersen, wo Kinder des Pestalozzi-Kinder Gartens ein „Feld-, Wald- und Wiesenkonzert“ mit selbstgebastelten Instrumenten aus der Natur präsentierten. Weitere Besuchsstationen waren das neue Kompetenzzentrum Geothermie und die Firma Pro 2 im Stahlwerk Becker.

Im Anschluss folgte eine Vortragsrunde in den Räumen der Stadtwerke Willich zu dem Thema „Klimaschutz: Innovationsmotor oder Energiekostentreiber?“, bei der der MIT-Vorsitzende Stefan Simmnacher als Fachleute auf dem Podium auch das MIT-Vorstandsmitglied Reinhard Efkes von der Firma Efkes Energy sowie Thomas Mock, Director Public Affairs der Hydro Aluminium Deutschland GmbH, begrüßen konnte. Marie-Luise Dött sprach sich in ihrem Vortrag

für umweltfreundliche Technologien made in Germany aus. Hierzu gehört nach Ansicht der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung und Marie-Luise Dött auch die Kernenergie. Deutschland muss im Innovationsbereich führend sein, um Kostenexplosionen aufgrund von steigenden Energiepreisen zu verhindern und zudem Arbeitsplätze zu sichern. Klimaschutz als Innovations-

motor müsse sich dabei allerdings im Dreieck von ökologischer Effizienz, wirtschaftlicher Machbarkeit und sozialer Verträglichkeit bewegen.

In der abschließenden angeregten Diskussionsrunde zeigte sich die Vielschichtigkeit des Themas, das sowohl jeden einzelnen Endverbraucher, als auch den Mittelstand wie auch die Industrie gleichermaßen betrifft. Die übergreifende Meinung war, dass „Umweltpolitik knallharte Wirtschaftspolitik geworden ist“.



Von Links: Josef Tumbrinck, Jack Sandrock, Reinhard Efkes, Franz-Carl Hübner, Marie-Luise Dött MdB, Martina Stall, Pia Kambergs, Stefan Berger Mdl, Stefan Simmnacher und Andreas Pfeil

MIT Tönisvorst

Touristische Hinweisschilder durch MIT angeschafft

Strahlende Gesichter gab es im Juli bei den Mitgliedern des Vorster Heimatvereines: Die MIT Tönisvorst konnte vier große touristische Hinweisschilder überreichen. Auf den braunen Schildern mit blauen Pfeilen wird auf das Heimathaus auf der Kuhstraße hingewiesen, sowie auf den Vorster Markt mit dem alten Brunnen. Heinz-Josef Köhler, Vorsitzender des Vorster Heimatvereines, freute sich riesig über das Schildergeschenk. Besucher von außerhalb werden jetzt auf touristische Stellen im Vorster Ortskern aufmerksam gemacht. Die Enthüllung wurde im Stadtteil Vorst mit dem CDU-Bürgermeisterkandidaten Thomas

Gossen vorgenommen. Nach der Enthüllung fand im Heimathaus ein Umtrunk statt. MIT-Vizevorsitzender Maik Giesen verriet den Anwesenden, dass das Marktschild ein Unikat sei. Wolfgang Arretz vom Heimatverein, hatte im Archiv gestöbert und die Zeichnung des Brunnens findet sich jetzt auf den Hinweisschildern wieder. Der Tönisvorster MIT-Vorsitzender Daniel Slomka konnte zur Schilderenthüllung auch die stellv. Landrätin des Kreises Viersen, Luise Fruhen, sowie den Landtagsabgeordneten Christian Weisbrich MdL begrüßen.



Von Links: Maik Giesen, Luise Fruhen, Heinz-Josef Köhler, Thomas Gossen, Daniel Slomka und Christian Weisbrich MdL

MIT Velbert

Besuch bei der GLW

Aufgrund der erdrückenden Lehrstellensituation und dem nahenden Ende des Schuljahres besuchten Politiker der MIT Velbert die Gemeinschaftslehrwerkstatt der Industrie von Velbert und Umgebung e.V. (GLW). Viele Schulabgänger - im Mai waren es noch über 600 - haben noch keinen Ausbildungsplatz. Zusammen mit dem Landtagsabgeordneten Marc Ratajczak waren Vertreter der MIT anwesend, um sich über die Situation der GLW zu informieren. Der Ausbildungsleiter Joachim Fröhlich, sprach eindrucksvoll von seiner Arbeit und zeigte den Anwesenden die Lehrwerkstatt. Die GLW bietet über 200 jungen Menschen mit schulischen Defiziten die Möglichkeit sich weiterzubilden oder eine Ausbildung in der Metallindustrie zu absolvieren. Des Weiteren betonte Fröhlich die Wichtigkeit von Kopfnoten um Schüler besser einzuschätzen. Auf Nachfrage des Landtagsabgeordneten Ratajczak, inwiefern man die GLW in ihren sozialen Aufgaben unterstützen könne, betonte Fröhlich dass der Ausbildungsstätte am besten durch das Bereitstellen von Praktikumsplätzen geholfen werden kann. Hier zeigte sich Ratajczak engagiert und bot jungen Leuten mit einem breiten Interesse einen Praktikumsplatz im Landtag an. Interessierte Arbeitgeber, die Praktikumsplätze zur Verfügung stellen, können sich jederzeit bei der GLW melden. In diesem Zusammenhang betonte Jochen Pfeifer (MIT), dass alle Berufsgruppen gebraucht werden, die die GLW ausbildet.

MIT Sankt Augustin

1. Sommerbiathlon der MIT Sankt Augustin

Trotz subtropischen Wetterbedingungen mit Gewitter, hohen Temperaturen und Luftfeuchtigkeit, kamen ca. 15 Kinder im Alter zwischen 10 und 14 Jahren zum ersten Sommerbiathlon der gemeinsamen Schießsportveranstaltung der MIT Sankt Augustin und der Schützenbruderschaft Sankt Antonius 1926 Niederpleis e.V. Beim Sommerbiathlon mussten die jungen Teilnehmer nach ca. 250 Meter Laufen direkt zu den eingerichteten Schießständen, um hier 5 Schüsse mit der für die Kinder und Jugend-



Die stolzen Gewinner des 1. Sommerbiathlons

lichen extra eingerichteten Laserschießanlage abzugeben. Zuvor konnten die jungen

Teilnehmer an der Anlage der Firma Anschütz üben. Es fanden sowohl Einzels als auch Mannschaftswettbewerbe statt. Beide Veranstalter wollen kommandes Jahr diese Veranstaltung wiederholen und neben dem bereits bekannten traditionellen Schießsport nun auch den Sommerbiathlon (Laufen und Schießen) in Sankt Augustin etablieren.

Hierbei wollen die Veranstalter zukünftig auch andere Altersgruppen und je nach Leistungstand der Teilnehmer auch unterschiedliche Laufstrecken mitberücksichtigen.



MIT Kreis Warendorf

Kreis muss dringend am Image feilen

Es ist fraglich, ob der Zeitplan für die Bestellung des neuen Geschäftsführers der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (gfw) eingehalten werden kann. Vor der Mittelstandsvereinigung der CDU betonte Landrat Dr. Olaf Gericke, dass man im Kreishaus derzeit noch damit beschäftigt sei, die 70 eingegangenen Bewerbungen für die Nachfolge von Dr. Thomas Grüner zu sichten. Gericke war einer Einladung der CDU-Mittelständler gefolgt, um über die strategische Neuausrichtung der gfw zu referieren. Dazu gehört für Gericke in erster Linie, das Profil des Kreises schärfer herauszuarbeiten. „Das Pferd ist für uns ein ungeheurer Imagefaktor“, räumte Gericke ein. Gleichwohl müsse der Kreis seine Stärken „in größerem Maße hinaus-trommeln“. Zu wenige wüssten, dass die Kreise Warendorf und Gütersloh gemeinsam zu den führenden Maschinenbauregionen in Deutschland gehören.



Wenn der Kreis Warendorf bei den Entscheidungsträgern im Land weiter ernst genommen werden und sich Gehör verschaffen wolle, müsse man dringend am Image feilen. Dazu zählt für den Landrat auch die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. „Die Frauenerwerbsquote ist im Kreis nach wie vor unterdurchschnittlich“, stellte er fest. Die Wirtschaft melde aber immer dringender Bedarf an, gut qualifizierten Fachkräften an. In diesem Zusammenhang ging Gericke auf das neue Zentrum Zukunft durch Innovation in Oelde ein, das die bereits vorhandenen Projekte zur Förderung des naturwissenschaftlichen Nachwuchses ergänzt.

Land gehören. Wenn der Kreis Warendorf bei den Entscheidungsträgern im Land weiter ernst genommen werden und sich Gehör verschaffen wolle, müsse man dringend am Image feilen. Dazu zählt für den Landrat auch die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. „Die Frauenerwerbsquote ist im Kreis nach wie vor unterdurchschnittlich“, stellte er fest. Die Wirtschaft melde aber immer dringender Bedarf an, gut qualifizierten Fachkräften an. In diesem Zusammenhang ging Gericke auf das neue Zentrum Zukunft durch Innovation in Oelde ein, das die bereits vorhandenen Projekte zur Förderung des naturwissenschaftlichen Nachwuchses ergänzt.

MIT Kreis Lippe

Preis der MIT: Wer hat sich um den Mittelstand in Lippe verdient gemacht?

Nicht Konzerne, sondern mittelständische Unternehmen prägen die Wirtschaftsstruktur in Lippe. Sie sind das Rückgrat von Wirtschaft und Gesellschaft und haben es doch nicht leicht, sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten. Gesucht werden jetzt diejenigen, die den Mittelstand gefördert haben. Der Kreisvorsitzende der lippischen MIT, Michael Zöllner: „Es sind Menschen oder Institutionen gefragt, die sich nicht nur in Reden, sondern auch in Taten um die mittelständische Wirtschaft hier in unserem Kreis verdient gemacht haben. Diese suchen wir und wollen sie mit dem Mittelstandspreis auszeichnen. Der Preis ist mit 1000 Euro dotiert. Die Jury besteht aus dem Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Lippe, Axel Martens und dem der Kreishandwerkerschaft, Klaus Daseking sowie dem stellv. Landesvorsitzenden der Mittelstandsvereinigung NRW, Dr. Harald Pohlmann.“ Der Preis wird am 23. Oktober um 20 Uhr in einer feierlichen Veranstaltung in Bad Salzuflen übergeben. Die Laudatio wird kein geringerer als der Mittelstandsbeauftragte der Bundesregierung, der Parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Hartmut Schauerte halten.

Wer eine Person oder Institution vorschlagen möchte, die sich um den Mittelstand in Lippe verdient gemacht hat, wird gebeten, sich an Michael Zöllner, Lemgo, Engelbert-Kaempfer-Straße 24 (Tel.: 05261/16161) zu wenden. Vorschläge können bis September eingereicht werden.

MIT Neukirchen-Vluyn

VIII. Politisches Frühstück mit Ministerin Barbara Sommer

Bis auf den letzten Platz gefüllt war der reich gedeckte Sonntags-Frühstückstisch im Sport und Freizeitpark Klingerhuf. 150 Teilnehmer konnte der Vorsitzende der MIT, Michael Darda, begrüßen, darunter auch viele Lehrerinnen und Lehrer der örtlichen Schulen. „Ein neues Schulgesetz Ende 2005 auf den Weg zu bringen, war nicht schwer. Die Schwierigkeiten ergaben sich daraus, es mit Leben zu füllen und in die einzelnen Schulen zu transportieren“ berichtete Schulministerin Barbara Sommer. „Sicher hat es dabei geholfert, und nicht jeder war und ist von der Richtigkeit und dem Tempo überzeugt, mit dem es umgesetzt wird, aber im Allgemeinen ist mehr und mehr eine Akzeptanz zu spüren“. Sommer: „Die Kinder sind höchst motiviert, wenn sie in die Schule kommen, das ist offenkundig. Sie sind wie Schwämme und wollen alles aufsaugen, was man Ihnen an Wissen anbietet, nur im Laufe der Jahre demotivieren wir sie,

darin müssen wir etwas ändern.“ Voraussetzung hierfür ist nach Ansicht der Bildungspolitikerin, jeden Schüler als Individuum zu begreifen. An dieser Stelle muss die Schule ihn abholen und ihn würdigen. Es sei nicht so wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler alles können, sondern es sei wichtig, dass sie das Lernen lernen. Denn keine Schule habe die Aufgabe einen Abschluss zu vermitteln, sondern allenfalls einen „Anschluss“, und zwar einen Anschluss an die Zukunft. Die Ministerin sprach auch über die Frühförderung durch die Kindergärten, die Stärkung der Hauptschulen im Meinungsbild der Gesellschaft, die Wiedereinführung von Kopfnoten und die Einrichtung von Ganztagschulen. Im Bereich der Hauptschulen seien inzwischen 134 Ganztagschulen eingerichtet worden. Dabei wurden die Realschulen und die Gymnasien nicht vergessen. Hier gäbe es 54 Ganztagschulen.



Ministerin Barbara Sommer und Michael Darda

MIT Neunkirchen-Seelscheid Wirtschaftsfrühstück

Bereits zum 10. Mal lud die MIT Neunkirchen-Seelscheid zu ihrem traditionellen „Wirtschaftsfrühstück“ ein. Erneut bewies die Teilnehmerzahl von rund 85 Gewerbetreibenden und politischen Vertretern, dass das aktuelle, kommunale und nicht zuletzt brisante Thema des diesjährigen Wirtschaftsfrühstücks „Stadtrechte für Neunkirchen-Seelscheid – Eine Chance für den Mittelstand?“ gut gewählt war. Der Vorsitzende der MIT, Michael Gierlich, präsentierte die Firmenhistorie des gastgebenden Familienunternehmens „Autohaus Mielke“. Nach der Begrüßung des Bürgermeisters der Gemeinde, Helmut Meng, betonte Gierlich, dass nur mit einer starken Mittelstandsvereinigung eventuelle Fehlentwicklungen in der Kommunalpolitik vermieden werden können.



Nach dem ersten Gang zum Buffet referiert Meng zum Thema des Tages. Er veranschaulichte in seinem Vortrag sehr deutlich und offen den Ursprung der Überlegung, die Gemeinde in eine Stadt zu wandeln und erklärte die verschiedenen Bereiche der kommunalen Verwaltung, welche durch eine solche Veränderung betroffen würden. Zum Abschluss der Veranstaltung begrüßte der Vorsitzende der Kreis-MIT Hans Günter Burgwinkel Sharon Gordon als das 40. Mitglied des Gemeindeverbandes Neunkirchen-Seelscheid.

MIT Kleve

MIT informierte über grenzüberschreitendes Tätigwerden

Reges Interesse fand die Veranstaltung der MIT Kleve zum Thema „Rechtliche und steuerliche Aspekte grenzüberschreitender Tätigkeit von Unternehmen“ in der Emmericher „Societät“. Zunächst gab Bürgermeister Johannes Diks einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung Emmerichs und informierte die Anwesenden über den aktuellen Stand der Neuansiedlungen von Betrieben, der zusätzlichen Autobahnabfahrt und den im Zusammenhang mit der Betuwe-Linie erforderlich werdenden Infrastrukturmaßnahmen. Der Steuerberater Günter Heenen und Rechtsanwalt Freddy Heinzl wiesen auf zahlreiche praktische Probleme grenzüberschreitender Tätigkeit hin. Proble-

matisch sei es zum Beispiel für deutsche Arbeitnehmer, längere Zeit in den Niederlanden zu arbeiten.

„Für die Rentenanwartschaften in Deutschland gehen diese Zeiten verloren, während nach der Rückkehr in der Regel kein Anspruch mehr auf die in den Niederlanden steuerfinanzierte Grundrente besteht“, machte Heinzl deutlich. Heenen wies unter anderem darauf hin, dass gerade bei Lieferungen ins Nachbarland genau darauf zu achten sei, wo die Rechnungsbeträge der Umsatzsteuer unterliegen würden. Insbesondere bei Abweichungen in den Steuersätzen könnten Nachforderungen der Steuerbehörden drohen.



Von links: Andy Mulder, Günter Heenen, Johannes Diks, Freddy Heinzl

MIT Langenfeld

Sparkassen bleiben verlässliche Partner!

Auf Einladung von Hans-Dieter Clauser MdL kam der Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes (RSGV), Michael Breuer, in die Langenfelder Stadtparkasse und sprach vor 100 geladenen Gästen der MIT, des Industrievereins und Vertretern der Sparkassen zum neuen Sparkassengesetz und zur Situation der WestLB. Die Freude über die kurzfristige Zusage von Michael Breuer war groß, hat er doch in seiner noch recht neuen Funktion als Präsident des RSGV und als Vorsitzender des Aufsichtsrates der WestLB einen vollen Terminkalender. Das Publikum hörte einen lebendigen Vortrag zu einer überaus komplexen Materie. In der gewinnbringenden Diskussion überzeugte Michael Breuer durch kurze und prägnante Antworten. Fazit: Bewährtes wird gesichert, Überholtes abgeschafft und Neuerungen werden eingeführt. Dennoch, so konstatierte Breuer, bringe der Gesetzes-



Von links: Landrat Thomas Hendele, Michael Breuer und Hans-Dieter Clauser MdL

entwurf noch Diskussionsbedarf mit sich und fügte hinzu, dass kein Gesetz so verabschiedet würde, wie es eingebracht wird. Hans-Dieter Clauser MdL ist sich sicher: „Nach ausführlichen Beratungen werden wir mit der Verabschiedung des neuen Sparkassengesetzes die Weichen für eine sichere Zukunft unserer Sparkassen stellen.“



MIT Bezirk Ruhr

Integrationskreis der MIT Ruhr trifft „DOGIAD Internationale Unternehmer e.V.“

Nach der Eröffnungsveranstaltung in Mülheim an der Ruhr mit dem Integrationsbeauftragten der Landesregierung, Thomas Kufen, und der 2. Veranstaltung mit dem türkischen Unternehmerverband TIAD in Duisburg traf sich der Integrationskreis der MIT Ruhr unter Leitung von Hans-Martin Schlebusch diesmal in Dortmund. Ersoy Sam, Vorsitzender des Ausländerbeirates und Integrationsrates in Herden, präsentierte die Zielsetzungen seines von ihm geführten Vereins DOGIAD (Verein junger Unternehmen zu Dortmund). Sam beklagte die Folgen der falschen Integrationspolitik in der Bundesrepublik, speziell im Ruhrgebiet, der letzten 20 Jahren und lobte dahingegen die Arbeit der schwarz-gelben Landesregierung. Wie Friedhelm Müller, Vorsitzender Bezirk MIT-Ruhr, befürwortete Sam eine weitere Vernetzung der türkischen Unternehmerverbände. Derzeit sei dies



Ersoy Sam (3. v. l.) mit seiner Vorstandsmannschaft Anastasios Bairaktaridis, A.Özdemir und Cengiz Sagin, in der Mitte Friedhelm Müller, daneben Jürgen Böhm (MIT Dortmund) und Hans-Martin Schlebusch (MIT Mülheim)

ein Flickenteppich. Wirtschaftsjuristin und Stadtverordnete Betül Cerah betonte, dass die Kommune Duisburg zusätzlich 1,5 Mio Euro jährlich in die Sprachförderung von türkischen Migranten stecke.

MIT Rhein-Sieg-Kreis

MIT begrüßt Oberbürgermeister Hunsteger-Petermann

„Wie funktioniert moderne Kommunalpolitik?“ – unter diesem Titel hatte der Kreisvorsitzende der MIT Rhein-Sieg gemeinsam mit dem Arbeitskreis der CDU Bad Honnef den Oberbürgermeister der Stadt Hamm, Thomas Hunsteger-Petermann, eingeladen. „Wir wollen mit dieser Veranstaltung für die Arbeit der MIT in Bad Honnef werben und gleichzeitig die CDU-Bürgermeisterkandidatin Cornelia Nasner in ihrem Wahlkampf unterstützen, so Hans-Günther Burgwinkel. Hunsteger-Petermann, der auch Landesvorsitzender der KPV NRW ist, erläuterte anschaulich, wie sich eine Kommune als mittelstandsfreundliche Kommune qualifizieren kann. Hamm wurde als eine der ersten Kommunen mit dem RAL-Gütezeichen „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“ ausgezeichnet. Voraussetzung sind sehr konkrete Kriterien: Baugenehmigungsanträge müssen innerhalb von 40 Arbeitstagen bearbeitet sein, auf Flächenanfragen erhält der ein Unternehmer nach spätestens 5 Arbeitstagen eine Antwort, Rechnungen werden innerhalb von 15 Tagen bezahlt, ein „Wegweiser für den Mittelstand“ weist im Internet sowie in Papierform den Weg zum richtigen Ansprechpartner, ein Mitarbeiter der Verwaltung übernimmt die Lotsenfunktion für Existenzgründer usw.. „Als Kommunalpolitiker können wir keine Arbeitsplätze schaffen“ so Hunsteger-Petermann. „Wir können aber für Rahmenbedingungen sorgen, die zur Sicherung der bestehenden und zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen führen.“

MIT Linksrheinisch

Energiestudie und Energiepass: MIT im linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis diskutiert Einsparpotenziale



Ilka von Boeselager Mdl

Die Energiestudie des Rhein-Sieg-Kreises ist deutschlandweit vorbildhaft: Sie stellt die zentralen regenerativen Einsparpotenziale der Region in einem Geoinformationssystem zusammen, so dass diese für die Bürger – standortbezogen – abrufbar sind. Der Wirtschaftsförderer des Kreises, Dr. Hermann Tengler, präsentierte die unter dem Namen „EnergieRegion Rhein-Sieg“ initiierte Studie in einer Großveranstaltung des linksrheinischen Verbandes der MIT Rhein-Sieg. Die Vorsitzende, Ilka von Boeselager Mdl, die in die Tagungsräume der Faßbender Tenten GmbH & Co. KG nach Rheinbach eingeladen hatte, betonte die Notwendigkeit eines berechenbaren Energiemixes: „Bei knapper werdenden Ressourcen und wachsenden Verbrauchermärkten ist Energie ein zentraler Standortfaktor.“ Ergänzt wurde die Veranstaltung durch die Präsentation des neuen Energiepasses, den der Energiefachberater der Faßbender Tenten GmbH & Co. KG, Dieter Vosen, vorstellte.

Neues aus dem PKM im Bundestag:

Kein Berufsverbot durch Umweltzonen

2006 wurde die Kennzeichnung mit Schadstoff-Plaketten beschlossen. Seither können ältere Fahrzeuge mittels kommunaler Luftreinhaltepläne aus so genannten „Umweltzonen“ verbannt werden. Dadurch sollen die Städte in Umsetzung einer EU-Richtlinie die Feinstaubbelastung ihrer Bürger verringern. Umweltexperten bezweifeln die Wirkung, da lediglich drei Prozent des Feinstaubes aus Auspuffrohren stammt. Für zahlreiche Mittelständler kommt das Fahrverbot regelrecht einem Berufsverbot gleich. Vor allem Handwerker, Kleingewerbetreibende, Kurier, Busunternehmer oder Markthändler sind in ihrer Existenz bedroht, weil sie viele ihrer Kunden nicht mehr bedienen oder beliefern können. Zumal Ruß-

partikelfilter oftmals gar nicht oder nur mit hohen Kosten nachrüstbar sind. Zwar gibt es prinzipiell die Möglichkeit von Ausnahmegenehmigungen. Deren Beantragung ist aber vielerorts langwierig, bürokratisch und mit saftigen Gebühren bis zu 1.000 Euro verbunden. Außerdem muss für jedes durchfahrene Gebiet einzeln ein „Passierschein“ vorgelegt werden. Der Parlamentskreis Mittelstand (PKM) der Unionsbundestagsfraktion hat deshalb eine Initiative zur Nachbesserung der Kennzeichnungs-Verordnung gestartet und fordert eine bundeseinheitliche Härtefallklausel: Ortsansässige oder auftragsgebundene mittelständische Betriebe sollen mit technisch nicht nachrüstbaren Fahrzeugen für die Dauer von fünf Jahren ab Errichtung weiter in einer Umweltzone fahren dürfen.

Das Kind mit dem Bade



PStS Hartmut Schauerte
MdB, Landesvorsitzender
der MIT NRW

Wenn's ums Geld geht, hört nicht nur die Freundschaft auf. Da sind auch Gier und Neid nicht weit. Vor allem in deutschen Ländern. Und insbesondere, solange es nicht ums eigene, sondern bevorzugt um fremde Portemonnaies geht.

Nicht einmal jeder zehnte Bundesbürger zahlt derzeit Erbschaftsteuer. Die übrigen neunzig Prozent freuen sich schneeköniglich, vom Fiskus verschont zu werden, finden es aber im Grunde ganz prima, dass beim kleinen Rest ordentlich zugelangt wird. Solange Oma ihr klein' Häuschen schadlos ins Trockene gebracht werden kann, sollen Firmenerben ruhig zur Kasse gebeten werden. Dass die verschonte Reihensiedlung im Gegensatz zum Familienbetrieb weder Arbeitsplätze noch Wohlstand schafft, spielt in der öffentlichen Meinung kaum eine Rolle...

Dreißig deutsche Spitzenkonzerne sind im Leitindex DAX gelistet. In ihren Vorständen sitzen im Schnitt sechs

Mitglieder. Wenn einer dieser rund 180 Personen von der Steuerfahndung erwischt wird, empört sich ein 82-Millionen-Volk über Wochen. Nach Adam Riese: Es gibt in den Top-Chefetagen ein halbes Prozent schwarzer Schafe... – eigentlich eine beruhigend niedrige Zahl –... die wird auch noch erwischt ... – Kontrolle funktioniert also bestens – ... und schon schlachtet die öffentliche Meinung genüsslich die ganze Herde.

Nur nebenbei: Die Finanzverwaltung schätzt, dass mindestens fünf Prozent Ottonormalverbraucher bei ihren Steuererklärungen gehörig mogeln. Aber das ist ja Volkssport. Wie viel unverzolltes deutsches Vermögen „großer Fische“ über Dekaden auf ausländischen Nummernkonten angesammelt wurde, weiß niemand so genau. Es dürfte aber ein Bruchteil der 350 Milliarden jährlichen Umsatzes der hiesigen Schattenwirtschaft sein. – Die Schwarzarbeit ist das Liechtenstein des kleinen Mannes...

Und dann erst die leidigen Gehälter... Josef Ackermann verdiente 2007 als Chef des größten Deutschen Bankinstituts 14 Millionen Euro. Er erwirtschaftete für seine Aktionäre 6,5 Milliarden Euro Gewinn und sicherte 78.000 Mitarbeitern Lohn und Brot. Ralf, der klei-

ne Bruder von Formel-Eins-Rentner Michael Schumacher, soll im gleichen Jahr 17 Millionen an Einnahmen verbucht haben. Wie viel Arbeitsplätze er schafft, weiß niemand so genau. Der Fußball-Bundestrainer wird für seine erfolgreiche Arbeit übrigens mit 2,5 Millionen Euro Salär im Jahr belohnt, die Bundeskanzlerin mit 220.000 Euro.

Das alles wäre gar nicht oder höchstens halb so schlimm, rief die empörte Masse nicht immer nach dem „Steinige sie!“ sogleich „Ein Gesetz muss her, das diese Missstände ein für alle mal behebt.“ Dann sollen 614 Volksvertreter, die mit 7.339 Euro vor Steuern im Monat nach Ansicht der Bevölkerungsmehrheit deutlich überbezahlt sind, die Sache richten. Getrieben vom Sturm der öffentlichen Entrüstung, des gnadenlosen Boulevards und oppositionellen Populisten segelt die politische Mehrheit dann viel zu häufig selbst in die falsche Richtung: Mindestlöhne, Vermögensteuern, Managervergütungsobergrenzen... Die Liste lässt sich endlos fortsetzen.

Am Ende einer solchen fatalen Verkettung stehen so oftmals populäre Scheinlösungen, die das Kind mit dem Bade ausschütten und dem Land mehr schaden als helfen.

MIT Brakel

MIT schaut hinter die politischen Kulissen

Mit einer ganzen Reihe von Veranstaltungen in den nächsten Monaten wird die MIT Brakel Mittelständlern den Einblick in die Politik auf allen Ebenen ermöglichen. Stadtverbandsvorsitzender Christian Fachin macht deutlich: „Uns treibt dabei ein ausgepräg-

ter Netzwerkgedanke.“ Am 15. Mai diskutierte man bereits mit Bürgermeister Friedrich Spieker über die Stellung des Mittelstandes in Brakel. Am 10. Juni sprach man mit Landrat Hubertus Backhaus über das Thema „Kulturland Kreis Höxter“. Am 19. August informierte der Leiter des Bauamtes im Rahmen eines Rundgangs auch über Stadtentwicklung und Denkmalschutz. Nach kommunalen Themen wird man dann

am 19. September mit dem Landtagsabgeordneten Hubertus Fehring und am 22. Oktober mit dem Bundestagsabgeordneten Jürgen Hermann zu Themen der Landes- und Bundespolitik sprechen. Ein umfangreiches Programm um die Interessen des Mittelstandes gegenüber der Politik durchzusetzen und im Gespräch mit denjenigen zu bleiben, die die Rahmenbedingungen mitbestimmen können.

Impressum

Herausgeber: Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW

Redaktion: Klaus Gravemann (verantwortlich), Stefan Simmnacher, Julia Lüdecke

Postfach 20 02 80, 40100 Düsseldorf, Wasserstraße 5, 40213 Düsseldorf, Tel.: 02 11–1 36 00 43/44/45, Fax: 02 11–1 36 00 42/8 54 95 97

Internet: <http://www.mit-nrw.de>, e-mail: info@mit-nrw.de

Verlag & Gestaltung: Mittelstands-Verlagsgesellschaft mbH, Martin-Luther-Straße 2–6, 53757 Sankt Augustin, Tel.: 022 41/91 33-0, Fax: 91 33 33

Druck: Evers-Druck, Meldorf